

FreiBrief aus Berlin

Januar 2024



THORSTEN FREI.

www.thorsten-frei.de

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich wünsche Ihnen und Ihrer Familie ein gutes und vor allem gesundes neues Jahr. Ich freue mich auf viele Begegnungen mit Ihnen.

Im Wahlkreis stehen in den kommenden Tagen einige Neujahrs- und Bürgerempfänge an. Das ist eine gute Zeit, mit den Menschen ins Gespräch zu kommen und zu erfahren, welche Erwartungen sie an die Politik haben. Eines dürfte schon heute klar sein. Die aktuelle Politik der Ampel wird von den Bürgern nicht mehr mitgetragen.

Das Schlimmste ist, dass die Ampel auch nicht aus ihren offensichtlichen handwerklichen Fehlern lernt. Ich denke da zurück an den Stopp des KfW-Programm für den Hausbau Anfang 2022 oder das chaotisch aufgesetzte Gebäudeenergiegesetz. Nun folgte das abrupte Aus der E-Auto-Förderung und der Subventionswegfall für die Landwirte bei Diesel und Kfz-Steuer. Die Ampel zeigt einmal mehr, wie weltfremde Politik geht.

Ohnehin schon auf vielen Feldern gegenüber der internationalen Konkurrenz im Nachteil, werden es so viele Landwirte nicht mehr schaffen, ihre Höfe wirtschaftlich zu betreiben. Ebenso planlos: das abrupte Ende der E-Auto-Förderung. Dabei brauchen die Menschen und unsere Wirtschaft in der aktuellen Krise Planungssicherheit. Ein Auslaufen der Prämie im Frühjahr hätte diese gebracht, zurück bleiben nun aber enttäuschte und entrüstete Autokäufer wie -verkäufer. Die ohnehin schwachen Aussichten auf das dringend nötige Wirtschaftswachstum werden dadurch leider weiter getrübt.

Herzlichst

Markenkern wird mit neuem Grundsatzprogramm weithin sichtbar



Am 11. Dezember hat der CDU-Bundesvorstand einen 73-seitigen Entwurf des neuen Grundsatzprogramms der Öffentlichkeit vorgestellt. In den kommenden Wochen und Monaten wird es weiter beraten und bearbeitet werden, um dann beim Bundesparteitag Anfang Mai in Berlin beschlossen zu werden. Auch wenn die Prozesse noch immer auf Hochtouren laufen, ist schon jetzt deutlich sichtbar, dass die CDU den Bürgerinnen und Bürgern mit ihrem neuen Grundsatzprogramm einen bürgerlichen Gegenentwurf zu der bereits nach zwei Jahren Ampel-Koalition krachend gescheiterten linksgrünen Beliebigkeit unterbreitet. Wir adressieren die Herausforderungen für unser Land, die die Menschen in der Mitte der Gesellschaft tatsächlich beschäftigen. Vor allem sparen wir keine Herausforderungen und Probleme aus. Im Ergebnis legen wir damit unseren Markenkern frei von Koalitionswängen bei den entscheidenden Themen wie Migration, Sicherheit, Familie oder auch Leistungsgerechtigkeit sichtbar frei. Damit beseitigen wir die Verwässerung unserer Positionen nach 16 Jahren Regierungsverantwortung und sind auf der Zielgerade des nunmehr zweijährigen Erneuerungsprozesses. Ein ganz besonderer Dank gilt Carsten Linnemann, der als Leiter der Grundsatzprogrammkommission den gesamten Prozess verantwortet, sowie allen Mitgliedern der CDU, die sich aktiv in zahlreichen Stunden und mit sehr viel persönlichem Einsatz persönlich eingebracht haben. Dieser gelungene Entwurf ist ein ausgezeichneter Grundstein für kommende Wahlen. Das unterstreichen auch die vielen positiven Zuschriften der letzten Wochen sowie das Medienecho.

Phoenix Runde zum CDU-Grundsatzprogramm



Um unser neues Grundsatzprogramm ging es Mitte Dezember in der „Phoenix Runde“, bei der ich unter anderem neben Anton Hofreiter (Grüne) zu Gast war. In der Sendung betonte ich die Bedeutung des Grundsatzprogramms für die Erneuerung der CDU. Das Papier dient nicht der konkreten Beantwortung von Einzelfragen, sondern um eine grundsätzliche Standortbestimmung für die Partei und ihre Mitglieder. Damit setzen wir einen Rahmen und definieren "100% CDU", damit die Menschen genau wissen, woran sie bei den zentralen Themen bei uns Christdemokraten sind. Unsere Positionen unterscheiden sich ganz grundsätzlich von SPD und Grünen, wenn es beispielsweise um die Energieversorgung geht. Für uns sind die Versorgungssicherheit und günstige Preise für Wirtschaft und Verbraucher entscheidend. Deshalb setzen wir anders als die Bundesregierung auf Technologieoffenheit und auf eine ehrliche Debatte über die Kernkraft. Schließlich importieren wir heute mehr Kernkraft und stoßen mehr CO₂ aus denn je, da die Energiepolitik von Wirtschaftsminister Habeck ein teures Desaster ist. Wir wollen die zukünftigen Potenziale der friedlichen Kernenergienutzung nicht per se ausschließen, obwohl die Risiken und Endlagerprobleme damit erheblich kleiner werden.

Sehen Sie die Sendung hier noch einmal in voller Länge: <https://youtu.be/eOEgiQJJ9w>

Drittstaatenregelung für den zwingend erforderlichen Neustart der Asylpolitik wird Parteilinie

Das derzeit wohl dringlichste zu lösende Thema ist die ungeordnete Migration nach Deutschland, die nicht nur etwa 50 Mrd. EUR pro Jahr verschlingt, sondern die mit einer Größenordnung von etwa 600.000 Personen ganz offensichtlich auch zu großen Problemen

TAGESSPIEGEL



CDU-Grundsatzprogramm Unions-Parlamentsgeschäftsführer Frei pocht auf Auslagerung von Asylverfahren

Am Montag soll das CDU-Grundsatzprogramm vorgestellt werden. Unions-Parlamentsgeschäftsführer Frei verlangt eine Kehrtwende in der Migrationspolitik.

im Bereich der Unterbringung, Versorgung und Integration sorgt. Kein Wunder, dass ein Großteil der Bevölkerung eine strikte Begrenzung einfordert. Um den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu

schützen, braucht es einen Neustart in der Asylpolitik. Ein entscheidender Baustein ist dabei das sog. Drittstaatenverfahren, wonach Asylbewerber in einem vorher definierten sicheren Drittstaat einen Asylantrag stellen können. Wer es auf eigene Faust nach Deutschland schafft und illegal einreist, wird im Umkehrschluss in dieses Land abgeschoben, um dort Schutz zu erhalten und etwaige Verfahren zu durchlaufen. Nur durch diese Externalisierung wird der Zustrom spürbar kleiner werden. Denn heute weiß jeder, dass er bleiben kann, wenn er es nur irgendwie nach Deutschland schafft. Das sind die völlig falschen Anreize. Ich freue mich, dass dieses Konzept nach meiner Vorstellung in der FAZ im Sommer und nach der Unterstützung durch einige CDU-Landesverbände nun auch Teil des Grundsatzprogramms wurde.

Beispielsweise der Tagesspiegel hat dazu berichtet:

https://thorsten-frei.de/fileadmin/user_upload/20231207_TSP_Migrationspolitik_der_CDU_Frei_will_Drittstaatenloesung.pdf

Haushalts-Tricks der Ampel kommen uns teuer zu stehen



Die Ampel-Koalition hat als erste Bundesregierung überhaupt – mit dem Urteil vom 15. November 2023 auch vom Bundesverfassungsgericht attestiert - einen verfassungswidrigen und nichtigen Haushalt beschlossen und vorab sämtliche Warnungen in den Wind geschlagen. Diese Tricks waren ein riesiger Fehler, der dem Land und seine Menschen jeden Tag viel Geld, Wirtschaftswachstum und Wohlstand kosten. Aber anstatt reinen Tisch zu machen und den Fehler ehrlich zu beseitigen, wird weiter getrickst wie bisher. Es werden keine Schwerpunkte gesetzt. Es wird nicht gespart. Stattdessen wollen SPD; Grüne und FDP weiter mehr Schulden machen und wuchtige Steuermehreinnahmen erzielen. Das ist eine Weiter-wie-bisher-Lösung! Im Ergebnis stehen auch ihre Korrekturen auf ganz dünnem verfassungsrechtlichen Eis. Schwerer aber wiegt der Aufbau von Steuern und Abgaben in unterschiedlichen Bereichen, und zwar insbesondere für den ländlichen Raum und die Landwirtschaft, obwohl wir unverändert kein Einnahmen-, sondern ein Ausgabenproblem haben. Damit erhalten die Konjunktur und unsere Wettbewerbsfähigkeit in Deutschland den nächsten Dämpfer. Wenn man den Haushalt wirklich konsolidieren will, dann wären drei Dinge zu tun. Erstens ist die Wirtschaft in Schwung zu bringen. Hätten wir nur ein Wirtschaftswachstum im europäischen Durchschnitt von 0,9 Prozent, dann hätten wir mehr Wertschöpfung im Volumen von 50 Milliarden Euro und mehr Steuereinnahmen im Volumen von 20 Milliarden Euro.

Das würde den Haushalt konsolidieren, und deshalb müssen wir genau da ansetzen. Zweitens muss Bürokratie abgebaut werden. Die Ampel tut das Gegenteil. Laut Normenkontrollrat sind allein im letzten Ampel-Jahr die Bürokratielasten um 54 Prozent gestiegen. Das gab es noch nie. Allein das Heizungsgesetz schlägt mit mehr als 9 Mrd. EUR zu Buche. Das GEG muss weg! Drittens müssen die sozialen Leistungen auf den Prüfstand, da es sich überhaupt nicht lohnt, in Arbeit zu gehen. Wir haben zwei Millionen offenen Stellen und fast vier Millionen arbeitsfähige Arbeitslose. Das passt nicht zusammen. Wenn man nur einen der drei Bereiche ordentlich in Angriff nimmt, gibt es kein Haushaltsloch. Meine Rede im Bundestag zum Nachtragshaushalt finden Sie hier: <https://youtu.be/EfIK6i1ETdw>

Unsere Sicherheit darf nicht nur von Glück und Anderen abhängen



Anfang Dezember war ich zu Gast beim Netzwerk Nationale Sicherheit der CDU Deutschlands. Dabei wurden auch mit Blick auf das neue Grundsatzprogramm der Partei spannende Diskussionen zu Fragen von innerer und äußerer Sicherheit geführt. Ich betonte in meiner Rede, dass wir die Themen der nationalen Sicherheit noch mehr aus einem Guss denken müssen. Deshalb fordern wir als CDU und CSU einen Nationalen Sicherheitsrat nach Vorbild unserer angelsächsischen Partner. Aber auch im Kleinen muss es in Deutschland nach meiner Ansicht Veränderungen geben, wenn es um die konkrete Sicherheit im Alltag der Bürger geht. Dazu wurde der Blick auf die aktuell zunehmende Terrorgefahr durch Islamisten gerichtet. Unsere Sicherheitsbehörden leisten täglich großartige Arbeit gegen Terrorgefahren. Nicht wegen, sondern trotz der Politik der Ampel. Statt Rückendeckung gibt es von der Bundesregierung für Polizei und Nachrichtendienste vor allem Misstrauen und legislative Knüppel zwischen die Beine. Bezeichnend war, dass bei den jüngsten Festnahmen wieder einmal die Hinweise von ausländischen Diensten kamen. Deutschland ist zu oft blind aufgrund eines Datenschutzes, der als Attentäterschutz wirkt. Hier müssen wir ran.

Unterstützung der nachhaltigen Forstwirtschaftsinitiative „KlimaPositiv“

Der Wald leistet einen unverzichtbaren Beitrag für Klimaschutz, Biodiversität, Nachhaltigkeit, Wirtschaft und Lebensqualität der Menschen in unserem Land. Um dies in bestmöglichem Maße zu ermöglichen, braucht es das Engagement und die tägliche Arbeit der großen und kleinen Waldbesitzer und Forstwirte. Diese sorgen sich auch aus ihrem Eigentumsinteresse heraus um einen gesunden Wald und seine nachhaltige Bewirtschaftung. Deshalb unterstützen



wir als CDU/CSU-Bundestagsfraktion die Initiative „Klimapositiv – Unser Wald kann mehr“, die auch von Waldbesitzern aus meinem Wahlkreis an mich herangetragen wurde. Anders als grüne Ideologen halten wir nichts von bloßer Stilllegung, da dadurch viele Potenziale nicht richtig genutzt würden. Man stelle sich nur vor, wie der Schwarzwald in wenigen Jahren zugewuchert wäre und nicht mehr für landwirtschaftliche oder touristische Zwecke genutzt werden könnte. Es braucht einen engen und vertrauensvollen Dialog zwischen Politik und Waldeigentümern auf Augenhöhe. Völlig falsch hingegen ist der Ansatz der Grünen, der sich auch im Entwurf des neuen Bundeswaldgesetzes ablesen lässt. Die Grünen hegen auch bei diesem Thema einen Generalverdacht gegen die Branche und würden am liebsten die Eigentumsrechte der Waldbesitzer beschneiden. Dieser Weg ist falsch und zum Scheitern verurteilt.

Zu Besuch in der Steppach-Grundschule in Villingen

Die Grundschule im Steppach in Villingen-Schwenningen mit Rektorin Elisabeth Opel, 16 Lehrerinnen und 182 Schülern hat mich bei einem Besuch Anfang Dezember sehr beeindruckt. Angesichts des allgemeinen Lehrermangels ist die Schulleiterin mit der aktuellen Stellenbesetzung mit Lehrerinnen und Betreuerinnen zufrieden. Die gute personelle Ausstattung sei angesichts der sprachlichen Defizite bei einem Migrationsanteil von über 60 Prozent und Kindern aus bildungsfernen Familien aber auch notwendig, unterstreicht die Rektorin. Die gute materielle Ausstattung



der Schule, auch mit digitalen Tafeln oder Tablets, hat mich ebenso überzeugt wie der störungsfreie Unterricht bei offenen Klassenraumtüren. Begrüßt wurde ich von den Kindern mit mehreren Liedern in der Aula. Vielen Dank dafür.

Einladung von Schülern nach Blumberg



Die Schüler der 10. Klassen (Realschule) und der 9. Klasse (Werkrealschule) des Schulverbundes Blumberg hatten mich nach politischen Diskussionen im Gemeinschaftskundeunterricht an ihre Schule eingeladen. Wie groß das politische Interesse bei Jugendlichen ist, zeigten die vielen Fragen zu aktuellen Ereignissen in Deutschland und der Welt. Dabei ging es um die Haushaltspolitik, die Reaktion des Rechtsstaats auf Aktionen der Klimakleber, die Migration, die Cannabislegalisierung, Verteidigungspolitik, den Ausstieg aus der Kernenergie, aber auch um die Lage in Gaza oder in der Ukraine.

Interview zum Jahresende bei der Neckarquelle



Bei der Redaktion der Neckarquelle war ich zum zur Tradition gewordenen Interview zum Jahresende einmal mehr zu Gast. Im Interview mit Prof. Ralf Trautwein, Cornelia Hellweg und Hans-Jürgen Eisenmann waren die Migrationskrise, die hohen Sozialleistungen oder die desolante Haushaltssituation nach dem Verfassungsgerichtsurteil die tragenden Themen. Das Interview können Sie hier nachlesen. https://thorsten-frei.de/fileadmin/user_upload/4Neckarquelle_-_13-12-2023_print.pdf

Gespräche mit Bürgern auf Wochenmärkten vor Weihnachten



Wochenmärkte sind eine gute Möglichkeit, mit den Bürgern ins Gespräch zu kommen. Umgekehrt bieten die Präsenzen den Menschen eine einfache Möglichkeit, ihre Wünsche und Forderungen an ihren Abgeordneten zu adressieren. Entsprechend freute ich mich über die vielen Gespräche auf den Wochenmärkten in Hüfingen, Donaueschingen und Bad Dürkheim direkt vor den Weihnachtsfeiertagen.

Kritik an Ampel-Politik bei der CDU Bad Dürrhein



In der Mitgliederversammlung der CDU Bad Dürrhein unter Leitung des wiedergewählten Vorsitzenden Prof. Dr. Ulrich Fink und im Beisein des früheren Finanz-Staatssekretärs Hansjörg Häfele sowie der Bürgermeister Ralf Pahlow (Tuningen) und Jonathan Berggötz (Bad Dürrhein), sprach ich über die schwierige Situation im Land. Hier kritisierte ich die Ampel-Koalition wegen ihres großen Aktionismus für Zweit-rangiges wie die Freigabe von Cannabis oder das Ge-setz zur Änderung des Geschlechtseintrags, während die deutsche Wirtschaft im internationalen Vergleich immer mehr an Boden verliert. Sicher haben sich seit dem russischen Angriffskrieg einige Dinge nicht zu Gunsten unseres Landes geändert. Energie ist in die-ser Zeit beispielsweise sehr teuer geworden. Doch das gilt für alle Industrienationen und dennoch weisen nur wir kein Wachstum aus. Ich betonte auch, dass dies mit immer neuen Sozialleistungen wie die Grund-sicherung für Kinder oder ein stark steigendes Bürger-geld nicht besser würde. Diese sozialen Leistungen gehen auf Kosten von dringend notwendigen Investi-tionen, die für einen Konjunkturaufschwung zwin-gend notwendig wären.

Herzliche Einladung zur nächsten Bürgersprech-stunde und Online-Sprechstunde



Bundestagsbüro

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: (030) 227 73 972
Fax: (030) 227 76 972

Wahlkreisbüro

Justinus-Kerner-Str. 5
78048 Villingen-Schwenningen
Tel.: (07721) 99 535 44
Fax: (07721) 99 535 45



thorsten.frei@bundestag.de



www.thorsten-frei.de



ThorstenFreiCDU



thorsten.frei



Thorsten Frei